

Intermediationsschwäche der Bankensysteme und Finanzkrise in Südkorea

Müller, Ralf

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Müller, R. (1998). Intermediationsschwäche der Bankensysteme und Finanzkrise in Südkorea. *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 249-266. <https://doi.org/10.11588/kjb.1998.0.2850>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Intermediationsschwäche des Bankensystems und Finanzkrise in Südkorea

Ralf Müller

1 Einführung

Der Weg Südkoreas vom Entwicklungs- zum Industrieland, der seit den sechziger Jahren in nur drei Jahrzehnten durchlaufen wurde, war maßgeblich gekennzeichnet von staatlicher Einflußnahme im Finanzsystem und einer Instrumentalisierung speziell der Banken. Nachdem sich 1961 unter Park Chung-hee die neue Militärregierung etablierte, wurde dabei sehr schnell deutlich, daß den Banken eine Schlüsselrolle bei der staatlichen Lenkung des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses zukam. Bis in die Gegenwart blieben - trotz Liberalisierungen während der achtziger und neunziger Jahre - die südkoreanischen Banken nicht frei von industriepolitischer Einflußnahme.

Spätestens als im November 1997 die Zahlungsunfähigkeit einen Offenbarungseid unumgänglich machte, wurde im In- und Ausland unübersehbar, daß in Südkorea Fehlentwicklungen stattgefunden hatten, die einer grundlegenden Korrektur bedurften. Der Beginn einer Krise hatte sich jedoch schon deutlich vorher offenbart, insbesondere seit dem Zusammenbruch des Hanbo-Konglomerats zur Jahreswende 1996/97. Dem Hanbo-Zusammenbruch folgten im Verlauf des Jahres 1997 Konkurse weiterer *chaebôl*, die gefördert noch durch eine Konkurswelle kleiner und mittlerer Unternehmen notleidende Kredite im Finanzsystem verstärkt anwachsen ließen. Der zu tiefgreifenden Reformen nicht fähigen Regierung war es schließlich nicht mehr möglich, die entstandene Problematik zu verschleiern.

Für das Verständnis der krisenhaften Entwicklung ist die Kenntnis über Funktionsweise und -schwächen der Finanzintermediation in Südkorea notwendig. Im folgenden wird ein Überblick über das Finanzsystem Südkoreas gegeben, und jene Faktoren werden identifiziert, die neben den internationalen Faktoren (d.h. der Asienkrise allgemein) zur Finanzkrise beitrugen. Hierzu werden zunächst Institutionen, Regulierungsbedingungen und strukturelle Entwicklungen aufgezeigt. Anschließend wird die Intermediationsschwäche des Finanzsystems anhand eines Vergleichs der Lenkung finanzieller Mittel durch aus- und inländische Banken näher beschrieben.¹

¹ Im folgenden werden an verschiedener Stelle die Begriffe „Finanzintermediation“, „Intermediationsschwäche“ und „Intermediationsleistung“ verwendet. Als „Finanzintermediation“ wird die Mobilisierung finanzieller Mittel bei Sparern und deren Weiterlenkung an Kreditnehmer durch Finanzinstitute (Intermediäre) verstanden. Die Begriffe „Intermediationsleistung“ und „Intermediationsschwäche“ bezeichnen die Fähigkeiten bzw. Unzulänglichkeiten der Finanzinstitute, diese Intermediation durchzuführen.

Darauf folgend werden der Ablauf der Krise dargelegt und abschließend Reformnotwendigkeiten sowie weitere Perspektiven für Südkoreas Entwicklung diskutiert.

2 Finanzsystem

2.1 Institutionen

Das Finanzsystem Südkoreas ist in seiner heutigen Struktur gekennzeichnet durch fünf Arten von Finanzinstituten sowie die Zentralbank.²

a) Bank of Korea

Seit Beginn der fünfziger Jahre ist die Bank of Korea als Zentralbank tätig.³ Zu ihren Aufgaben zählt vor allem die Vorgabe und Durchführung der Geldpolitik. Hinzu tritt die Aufsicht über Geschäftsbanken, Spezialbanken und mehrere Nichtbank-Finanzinstitute sowie weitere Funktionen, wie z.B. die Rolle als Hausbank der Regierung. Bis heute übt die Regierung eine weitreichende Kontrolle über die Bank of Korea aus.

b) Landesweite Geschäftsbanken

Die in Südkorea heute tätigen landesweiten Geschäftsbanken entstanden zu sehr unterschiedlicher Zeit. Die drei ältesten dieser Banken stammen noch aus der japanischen Kolonialzeit, zwei weitere wurden in den fünfziger Jahren errichtet. Nach Antritt der Regierung Park 1961 wurden diese Banken verstaatlicht, und die Regierung nahm fortan intensiven Einfluß auf die Geschäftstätigkeit. Dieser begann sich mit den Deregulierungen im Finanzsystem Anfang der achtziger Jahre zu lösen (vgl. 2.2). Zum einen kam es zur Privatisierung bestehender landesweiter Geschäftsbanken, zum anderen wurden neue landesweite Geschäftsbanken durch private Investoren gegründet. Trotzdem blieb ein wesentlicher Einfluß auf die Geschäftstätigkeit der landesweiten Geschäftsbanken bis in die Gegenwart erhalten, nicht zuletzt durch Einflußnahme auf die Managementbesetzung dieser Banken. Landesweite Ge-

² Aufgrund der Jahrhunderte währenden Isolation entstand in Korea relativ spät ein Finanzsystem. Erst mit dem Beginn japanischen Einflusses wurden gegen Ende des vorigen Jahrhunderts die ersten Banken errichtet. Diese waren vorwiegend ausländische, insbesondere japanische Banken. Letztere bestimmten das Finanzwesen bis zum Ende des Kolonialregimes 1945 (vgl. näher H.Y. Cho 1977).

³ Die Bank of Korea wurde bereits 1909 als Zentralbank gegründet, war jedoch schon kurz darauf mit der formellen japanischen Annektierung zu einer Entwicklungsbank umfunktionierte und de facto für japanische Kolonialinteressen - und später für die Kriegswirtschaft - instrumentalisiert worden.

schäftsbanken unterliegen keinen prohibitiven regionalen Beschränkungen, operieren jedoch weitgehend von den großen Städten aus, worauf die ebenfalls gebräuchliche Bezeichnung „City Banks“ basiert.

c) Regionalbanken

Regionalbanken wurden zwischen 1967 und 1971 in den verschiedenen Provinzen Südkoreas errichtet. Ihre Aufgabe ist es, auf regionaler Ebene vornehmlich den Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzleistungen zu verbessern. Regionalbanken sind hierbei weitgehend auf ihre jeweilige Provinz beschränkt.

d) Ausländische Banken

Im Jahr 1967 kam es zur Zulassung der ersten ausländischen Banken in Südkorea. Sie wurden bewußt zur Förderung ausländischer Direktinvestitionen sowie für die Bildung eines leistungsfähigeren Finanzsystems instrumentalisiert. Ausländische Banken unterstanden hierzu z.T. spezifischen Regelungen, die einerseits eine sehr profitable Tätigkeit ermöglichten, andererseits aber ihren Wettbewerb mit inländischen Finanzinstituten beschränkten und Verdrängungsgefahren für letztere unterbanden.

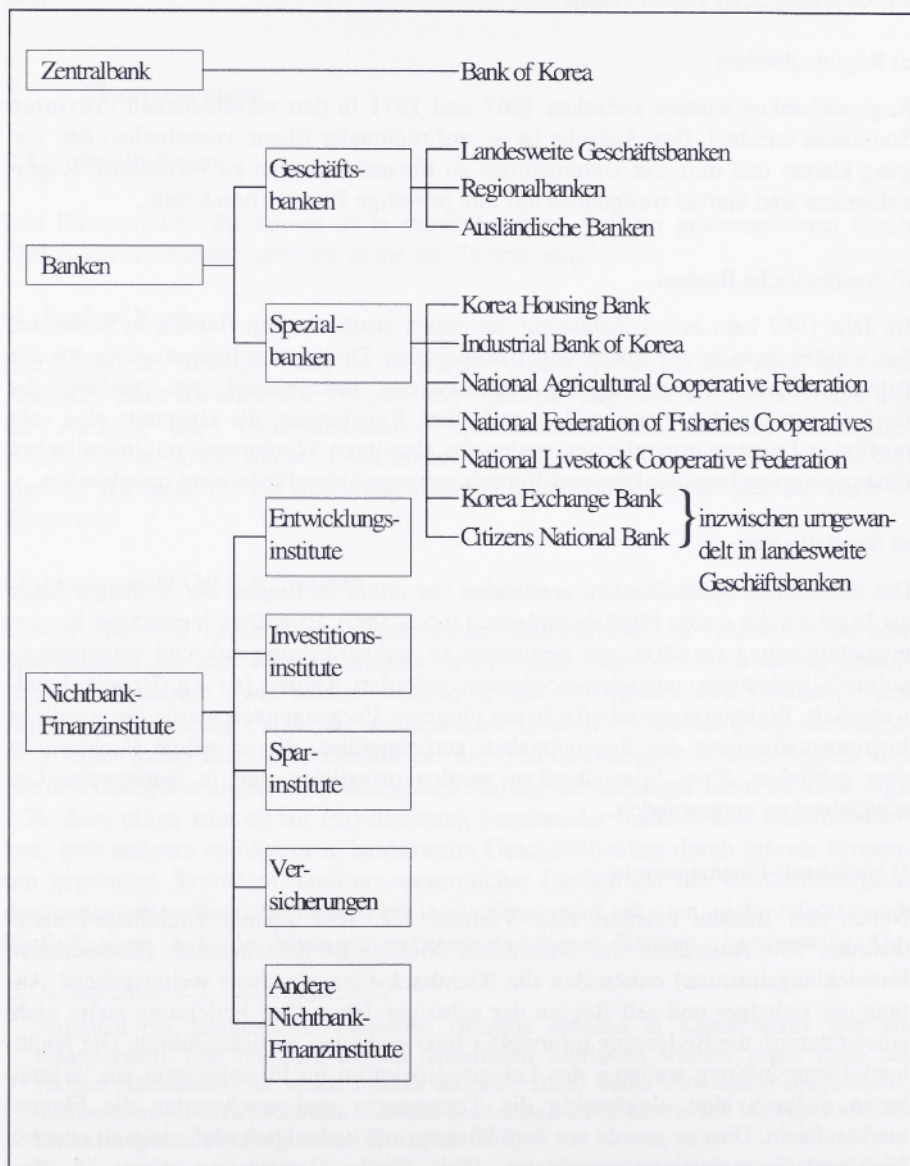
e) Spezialbanken

Die staatlichem Spezialbanken entstanden vor allem zu Beginn der sechziger Jahre als Ergebnis des ersten Fünfjahresplanes (1962-1966). Es sollten hiermit die Ersparnis-mobilisierung verstärkt und bestimmte als industriestrategisch und versorgungspolitisch bedeutsam angesehene Sektoren gefördert werden (so u.a. Export, Landwirtschaft, Wohnungswirtschaft). In der jüngeren Vergangenheit wurde die staatliche Instrumentalisierung der Spezialbanken zurückgeführt, die jeweilige Funktion ist aber geblieben. Zwei Spezialbanken wurden privatisiert und in landesweite Geschäftsbanken umgewandelt.

f) Nichtbank-Finanzinstitute

Neben den Banken existiert eine Vielzahl z.T. sehr kleiner Nichtbank-Finanzinstitute. Mit Ausnahme der staatlichen Nichtbank-Finanzinstitute (insbesondere Entwicklungsinstitute) entstanden die Nichtbank-Finanzinstitute weitestgehend Anfang der siebziger und seit Beginn der achtziger Jahre. Ihre Errichtung zielte nicht zuletzt darauf, die Bedeutung informeller Intermediation zurückzuführen. Die Nichtbank-Finanzinstitute weiteten das Leistungsspektrum im Finanzsystem aus, schmälerten dadurch aber gleichzeitig die Transparenz und erschwerten die Finanzmarktaufsicht. Dies ist gerade vor dem Hintergrund bedenklich, daß vielfach *chaebôl* Nichtbank-Finanzinstitute errichteten (Fair Trade Commission zitiert in Yoo

Abbildung 1: Institutionen des südkoreanischen Finanzsystems



1995:17), um so ihren Kreditzugang und auf diese Weise ihre Machtposition auszuweiten.⁴

Abbildung 1 gibt einen Überblick über Südkoreas Finanzsystem.

2.2 Regulierung und Deregulierung im zeitlichen Ablauf

Nach dem Antritt der Militärregierung 1961 war das Finanzsystem Südkoreas langjährig durch eine rigide staatliche Kontrolle gekennzeichnet. Diese bestand bis zu Beginn der achtziger Jahre in ihrer Schärfe weitgehend gleichbleibend und sollte der Regierung ermöglichen, die Finanzinstitute zu instrumentalisieren sowie den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß allgemein und die Industrialisierung speziell zu steuern. Die Kreditvergabe war deshalb in hohem Maße durch sog. Policy Loans gekennzeichnet, d.h. zinsgünstige und direkter staatlicher Lenkung unterliegende Kredite, die bestimmte Sektoren und Unternehmen förderten. Nach dem Verständnis der Regierung zählten dazu insbesondere große Mischkonzerne, die *chaebôl*, die als Grundlage einer international wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft angesehen wurden. Gleichzeitig unterlagen Einlage- und Kreditzinsen restriktiven Regulierungen, und Wettbewerb im Finanzsystem wurde zusätzlich durch z.T. prohibitiv wirkende Markteintrittsbarrieren sowie marktsegmentierende - sachliche und regionale - Betätigungsvorgaben beschränkt.

Im Zuge der politischen Unruhephase im Anschluß an die Ermordung von Präsident Park 1979, einer kurzzeitigen wirtschaftlichen Krise und der Formierung einer neuen Regierung begann Anfang der achtziger Jahre ein vorsichtiger, ausgeprägt schrittweiser Liberalisierungsprozeß im Finanzsystem. Es kam insbesondere zu folgenden Maßnahmen:

- die Privatisierung bestehender landesweiter Geschäftsbanken und die Zulassung zusätzlicher, neuer landesweiter Geschäftsbanken, in zwei Fällen durch Beteiligung ausländischer Partner (von 1981 an),
- die Zulassung von Margen, innerhalb derer die Zinsen relativ frei gesetzt werden konnten (1984),
- eine schrittweise Rückführung der Regulierungssonderstellung ausländischer Banken, was sowohl den Abbau verschiedener Regulierungsprivilegien als auch die Befreiung von speziellen Benachteiligungen beinhaltete (insbesondere seit 1986),

⁴ Finanzintermediation findet in Südkorea auch durch informelle Intermediäre statt. Deren ehemals große Bedeutung ist im Zuge der Deregulierungen sowie mit der Errichtung von Nichtbank-Finanzinstituten seit Beginn der achtziger Jahre jedoch deutlich zurückgegangen. Privatpersonen sind allerdings heute noch in der Kreditaufnahme häufig auf informelle Intermediäre angewiesen.

- die Lockerung von Kapitalverkehrsbeschränkungen, wobei es sich z.T. eher um Neuregulierungen als um Deregulierungen handelte (verschiedene Maßnahmen während der achtziger und neunziger Jahre),
- eine weitreichende Rückführung von Policy Loans bei Banken (vornehmlich seit Beginn der neunziger Jahre),
- die Einführung des „Real Name System“ (Bank of Korea 1994:51-52), das die Führung von Bankkonten unter Pseudonym verbietet (1993 beschlossen),
- die stufenweise Deregulierung der Zinsen (S. Cho 1994:122-123) (dieser Vierstufenplan wurde 1991 verkündet und 1993 teilweise revidiert).

Die trotz dieser Deregulierungen verbliebene Einflußnahme des Staates auf das Marktverhalten gerade der Banken beinhaltet u.a. Quoten, so z.B. für die Kreditversorgung kleiner und mittlerer Unternehmen. Teilweise erfolgt die Einflußnahme dagegen informell, indem Druck auf Banken ausgeübt wird oder die Zentralbank Vergünstigungen bei bestimmten Marktverhaltensweisen gewährt. Zudem schränken noch immer marktsegmentierende Betätigungsbegrenzungen, die allerdings schrittweise gelockert werden, den Wettbewerb zwischen den verschiedenen Finanzinstituten ein. Ausländische Banken wiesen dabei noch zuletzt in Teilen eine Sonderstellung auf. So verfügen sie einerseits beim Anbieten bestimmter Leistungen noch nicht vollständig über die gleiche Freiheit wie inländische Banken. Andererseits unterliegen sie weitaus weniger den industriepolitischen Einflußnahmen der Regierung.

2.3 Strukturelle Entwicklung

Die strukturelle Entwicklung des südkoreanischen Bankensystems, auf dessen Leistungsfähigkeit im nachfolgenden Abschnitt 3 näher eingegangen wird, ließ in der jüngeren Vergangenheit ein deutlich zunehmendes Gewicht der landesweiten Geschäftsbanken erkennen. Ihr Anteil an den im Bankensystem befindlichen Aktiva wuchs seit 1980 von knapp 30 auf etwa 65 v.H. zur Zeit des Ausbruchs der Finanzkrise im November 1997. In Teilen war dieses Wachstum allerdings in der Umformung staatlicher Spezialbanken begründet. So sank denn auch der Aktivaanteil der Spezialbanken im gleichen Zeitraum von 37 auf 17 v.H. Regionalbanken hielten während dieser Zeitspanne einen weitgehend konstanten Anteil von 10 v.H. an den gesamten Aktiva bei Banken. Ausländische Banken, die nach ihrer Erstzulassung 1967 noch bis zum Jahr 1985 stetig an Bedeutung gewonnen hatten und zeitweise einen Aktivaanteil von 11 v.H. aufwiesen, verloren dagegen seit Mitte der achtziger Jahre an Bedeutung angesichts verbesserter direkter Zugangsmöglichkeiten südkoreanischer Banken und *chaebôl* zu internationalen Finanzmärkten (einschließlich einer zeitweilig im Überschuß befindlichen Leistungsbilanz). Erst die Rekorddefizite der Leistungsbilanz ließen von 1996 an die Aktivaanteile ausländischer Banken erstmals wieder wachsen. Das südkoreanische Finanzsystem in seiner Gesamtheit

blieb - trotz hoher Wachstumsraten - im ost- bzw. südostasiatischen Vergleich deutlich zurück. Dies zeigt sich u.a. in einem niedrigen "financial deepening", d.h. einer gegenüber dem realwirtschaftlichen Sektor geringen Größe im Finanzsystem befindlicher Aktiva (Nam 1994:210-211).

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die jüngere Vergangenheit des südkoreanischen Finanzsystems durch vielfältige staatliche Einflußnahmen gekennzeichnet war. Zwar kam es zu verschiedenen Liberalisierungen, die Vorstellung, über das Finanzsystem staatlichen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung zu nehmen - einschließlich der Förderung und Diskriminierung bestimmter Sektoren oder Wirtschaftssubjekte - bestand jedoch bis zuletzt in der Regierung fort.

3 Ineffizienzen der Intermediation: Ein Vergleich in- und ausländischer Banken vor Ausbruch der Krise

Die staatliche Instrumentalisierung des Finanzsystems, und dabei insbesondere der Banken, hat maßgeblich zu den zuletzt aufgetretenen Entwicklungen beigetragen. Im folgenden werden Indikatoren für landesweite Geschäftsbanken, als bedeutendste Gruppe der Finanzinstitute in Südkorea, und ihre wichtigsten Konkurrenten, die in Südkorea tätigen Filialen ausländischer Banken, sowie für Regionalbanken dargestellt. Die nachfolgenden Ausführungen basieren dabei auf einer umfassenden Studie über den Beitrag ausländischer Banken zur Intermediationsleistung des regulierten Finanzsystems Südkoreas, bei der ein Vergleich der in- und ausländischen Banken erfolgte (Müller 1998a).

Es ist allerdings nur begrenzt möglich, die Leistungsfähigkeit von Banken empirisch zu bewerten. Dies betrifft im besonderen die Effizienz der Banken in der Allokation finanzieller Mittel. Sind negative oder positive externe Effekte nicht vorherrschend oder von geringer Relevanz, vermag jedoch der Anteil notleidender Kredite im Aktivabestand einer Bank näherungsweise Ergebnisse zur Frage der Effizienz bzw. Ineffizienz in der Kreditvergabe zu ermöglichen (Akyüz/Kotte 1993:13). Für die von der Bank of Korea bereitgestellten Daten zu notleidenden Krediten muß dabei berücksichtigt werden, daß diese Daten nicht das tatsächliche Ausmaß nicht oder kaum mehr einbringbarer Forderungen wiedergeben, angesichts häufig bilanzbeschönigender Maßnahmen der Banken sowie einer engen Abgrenzung der als notleidend angesehenen Kredite. In Tabelle 1 offenbart sich dies in der vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklung überraschenden Tendenz rückläufiger notleidender Kredite bis 1996. Dem liegt nicht zuletzt zugrunde, daß die Regierung Südkoreas zuvor eine Vorgabe an die Banken erlassen hatte, notleidende Kredite abzubauen, was neben umfangreichen Abschreibungen notleidender Forderungen auch rein kosmetische Reaktionen in den Bankenbilanzen zur Folge hatte, mit dem in Tabelle 1 sichtbaren Ergebnis. Trotz solcher Reaktionen auf seiten gerade der landesweiten Geschäftsbanken ist aber die Belastung der in Südkorea ansässigen Filia-

len ausländischer Banken mit notleidenden Krediten deutlich niedriger. Dies gilt ebenso für den Vergleich mit Regionalbanken.

Tabelle 1: Notleidende Kredite im Bankensystem (Anteile der notleidenden Kredite an den gesamten Aktiva in v.H.)

	Landesweite Geschäfts- banken	Regionalbanken	Ausländische Banken
1992	1,8	0,9	0,9
1993	1,9	1,0	0,8
1994	1,0	0,9	0,5
1995	0,9	1,0	0,2
1996	0,8	0,9	0,1

Quelle: Bank of Korea (vgl. auch Müller 1998a:169).

Tabelle 2: Bankenprofitabilität (Ertrag je Aktiva in v.H.)

Jahr	Landesweite Geschäftsbanken insgesamt	Ehemalige staat- liche landesweite Geschäftsbanken	Regionalbanken	Ausländische Banken
1990	0,55	0,54	1,11	1,42
1991	0,54	0,49	0,89	1,58
1992	0,54	0,49	0,68	1,47
1993	0,41	0,36	0,67	1,15
1994	0,40	0,38	0,53	1,32
1995	0,28	0,22	0,56	1,17
1996	0,23	0,08	0,47	1,53

Quelle: Bank of Korea (vgl. auch Müller 1998a:178).

Die Probleme inländischer Banken in Südkorea werden auch in der Entwicklung der Profitabilität deutlich (vgl. Tabelle 2). Alle Formen inländischer Banken weisen eine im Vergleich mit den ausländischen Banken sehr geringe Profitabilität auf. Dies gilt im besonderen für jene landesweiten Geschäftsbanken, die schon vor Beginn der

achtziger Jahre existierten und in staatlichem Eigentum waren. Auffällig ist außerdem, daß sich die Profitabilität der inländischen Banken seit Beginn der neunziger Jahre kontinuierlich verschlechterte, wodurch der Abstand zu den ausländischen Banken wuchs. Die so deutlich rückläufige Profitabilität ist insbesondere auf die hohen Abschreibungen notleidender Kredite zurückzuführen. Für die ehemals staatlichen landesweiten Geschäftsbanken war hierbei zuletzt im Durchschnitt kaum mehr eine Profitabilität gegeben.

Die Darstellung von notleidenden Krediten und Profitabilität zeigt somit weitreichende Schwächen der südkoreanischen Finanzinstitute in der Kreditvergabe gegenüber ihren aus dem Ausland kommenden Konkurrenten. Als ursächlich hierfür sind verschiedene Faktoren anzusehen (Müller 1998a:170-173):

- a) Die Regierung hat zwar in der Vergangenheit verschiedene Deregulierungsschritte unternommen (vgl. 2.2). Eine wirkliche Lösung von der Vorstellung, Banken als „agents of development“ zu instrumentalisieren, blieb jedoch aus. Zwar wirkte die staatliche Einflußnahme während der Vergangenheit in Teilen auch positiv auf den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß Südkoreas.⁵ Dies betraf insbesondere die Beschränkung konsumorientierter Kreditvergaben, durch die nicht nur direkt die Investitionstätigkeit gefördert wurde (weil hierdurch mehr Kredite für Investitionen genutzt wurden), sondern auch indirekt (da durch die fehlenden Konsumentenkredite die Bevölkerung darauf angewiesen war, eigene Ersparnisse zu bilden; die Spartätigkeit stieg somit an, und das für Investitionsvorhaben verfügbare Kreditvolumen wuchs) (Patrick 1990). Mit den staatlichen Vorgaben waren allerdings beträchtliche Fehllenkungen verbunden, die notleidende Kredite erzeugten. Hierzu trug nicht zuletzt die verbreitete Korruption im Staatsapparat bei. Insgesamt ist daher dem staatlichen Einfluß auf die Auswahl spezifischer Investitionsprojekte ein signifikant negativer Einfluß beizumessen, der die inländischen Banken in deutlich größerem Maße trifft als die staatsunabhängigen Filialen ausländischer Banken.
- b) Wirtschaftliche Aktivitäten sind in Südkorea sehr häufig durch persönliche Beziehungen beeinflusst. Bei der Abwicklung geschäftlicher Aktivitäten ist es insofern von Bedeutung, ob die betreffenden Transaktionspartner über gemeinsame Wurzeln verfügen (z.B. Herkunft aus der gleichen Provinz, Studium an derselben Universität oder Absolvierung des Militärdienstes in einer Einheit). Diese Faktoren überlagern oftmals andere Gesichtspunkte bei der Auswahl von Geschäftspartnern (günstige Preiskonditionen etc.). Die Ursache für die Möglichkeit solchen Verhaltens liegt in der noch zu geringen Wettbewerbsintensität in vielen südkoreanischen Binnenmärkten. Dies gilt trotz Deregulierungen auch für das Finanzsystem. Auch koreanische Bankmanager tendieren daher häufig dazu, Kre-

⁵ Für eine Übersicht über staatlichen Einfluß im Finanzsystem und Effizienz vgl. Vittas/Wang (1991:11-13).

dite an Wirtschaftssubjekte zu lenken, die über vergleichbare Wurzeln wie sie selbst verfügen.

- c) Südkoreas inländische Banken weisen im Vergleich mit den ausländischen Banken noch immer mangelnde Fähigkeiten in der Kreditwürdigkeitsprüfung auf (Aliber 1994:347). Soweit nicht die Regierung Vorgaben bezüglich der Auswahl der zu realisierenden Kreditprojekte macht (vgl. a) oder persönliche Bindungen bzw. Vorteilsnahmen die Kreditallokation bestimmen (vgl. b), wird die Kreditentscheidung vornehmlich davon abhängig gemacht, ob pfändbare Sicherheiten oder andere Formen von Garantien (z.B. Bürgschaften) zur Verfügung stehen. Eine an der zu erwartenden Rentabilität des Investitionsprojektes orientierte Kreditprüfung unterbleibt weitgehend.
- d) Es bestand bislang zwar keine formale, wohl aber eine implizite Bestandsgarantie für inländische Banken. Manager dieser Banken konnten davon ausgehen, daß im Falle von Liquiditätsproblemen oder drohender Insolvenz die Zentralbank Unterstützung leistet und einen Zusammenbruch abwendet. Anreize zu einem auf die Sicherung der Bankensolvenz und die Effizienz der Finanzintermediation gerichteten Marktverhalten waren daher nicht gegeben. Folglich entstand „moral-hazard“-Verhalten sowohl bei diesen Banken als auch seitens der Einleger, die sich über die Bankensolvenz nicht zu sorgen brauchten (Aliber 1994:350). Für die Banken war hierdurch ein Marktverhalten möglich, daß eher auf die Maximierung von Marktanteilen gerichtet war (Park 1993:137-138), als daß die Ertrags- und Solvenzsituation beachtet wurde.

Eine insgesamt deutlich negative Einschätzung der allokativen Effizienz der von südkoreanischen Banken gelenkten Kredite sieht daher Aliber (1994:342). Dieser erklärt die Entwicklungserfolge Südkoreas daher vornehmlich als das Ergebnis einer enormen Kapitalakkumulation (mit Hilfe in- und ausländischer Ersparnisse). Eine niedrige Effizienz ermitteln auch Kim/Lau (1994) und sehen ebenfalls Kapitalakkumulation als entscheidende Ursache für das hohe Wirtschaftswachstum an.

Eine weitere Schwäche offenbart sich für südkoreanische Banken in bezug auf deren Intermediationskosten, d.h. die Kosten der Ersparnis mobilisierung, der Kreditvergabe sowie der allgemeinen Administration. Tabelle 3 zeigt im Vergleich mit ausländischen Banken deutlich höhere Intermediationskosten südkoreanischer Banken. Hierin spiegeln sich neben einer größeren Bedeutung des relativ kostenintensiven Massengeschäfts für inländische Banken der häufige Zins- und Kreditausfall, besonders jedoch eine zu personalintensive Intermediation wider. Erkennbar ist außerdem, daß, während ausländische Banken (und auch die Regionalbanken) Intermediationskosten zuletzt senken konnten, das hohe Kostenniveau der landesweiten Geschäftsbanken nahezu unverändert blieb. Die inländischen Banken zeigen damit insgesamt eine gegenüber ihren aus dem Ausland stammenden Konkurrenten niedri-

gere Kostenineffizienz bzw. eine geringe technische Effizienz (Müller 1998a:183-184).

Tabelle 3: Intermediationskosten der Banken 1993-1996 (in v.H. je Aktiva-einheit)

	Ausländische Banken	„Alte“ landesweite Geschäftsbanken	„Neue“ landesweite Geschäftsbanken	Regionalbanken
1993	1,19	1,96	1,98	2,80
1994	1,26	1,97	1,99	2,70
1995	0,97	2,00	2,09	2,61
1996	0,92	1,99	2,07	2,57

Quelle: Errechnet nach Daten der Bank of Korea (vgl. auch Müller 1998a:183).

Die im engen Zusammenhang mit der Intermediationsschwäche stehenden zunehmenden Solvenzschwierigkeiten können näherungsweise anhand der Eigenkapital-Aktiva-Relationen der verschiedenen Bankengruppen aufgezeigt werden. Diese sind bis Ende 1996 in Tabelle 4 dargestellt. Hierin offenbart sich, daß, außer bei den ausländischen Banken, seit Ende der achtziger Jahre bis zum Ausbruch der Finanzkrise eine kontinuierliche Verschlechterung der Relation Eigenkapital/Aktiva stattgefunden hat.

Tabelle 4: Eigenkapital-Aktiva-Relation im Bankensystem

	Ausländische Banken	Landesweite Geschäftsbanken	Regionalbanken	Spezialbanken
1989	7,6	11,1	16,2	2,6
1990	7,4	8,7	12,5	1,6
1991	7,7	8,3	10,5	1,5
1992	9,2	7,8	10,0	1,4
1993	12,0	7,7	9,5	1,4
1994	11,8	7,8	8,8	1,9
1995	13,2	6,8	7,8	1,5
1996	13,2	6,2	6,8	1,7

Quelle: Bank of Korea (verschiedene Jahrgänge) (vgl. auch Müller 1998a:194).

Vor dem Hintergrund der Intermediationsschwäche der südkoreanischen - inländischen - Banken verdient die in Abschnitt 2.3 angesprochene Entwicklung der Bedeutung ausländischer Banken besondere Beachtung. Offenbar verlor gerade jene Bankengruppe in Südkorea seit Mitte der achtziger Jahre Marktanteile, die eine vergleichsweise hohe Effizienz in der Auswahl von Kreditprojekten - sowie eine günstige Solvenz - aufwies (Müller 1998a:205), eine für die Entwicklung des südkoreanischen Finanzsystems fraglos ungünstige Strukturverschiebung.

4 Ausbruch der Finanzkrise

Die bis zum Jahresende 1996 dargestellte Entwicklung notleidender Kredite verdeutlicht zwar Unterschiede in der Effizienz der Kreditlenkung in- und ausländischer Banken, wie angemerkt, wurde das tatsächliche Ausmaß notleidender Kredite aber verschleiert. Auch die Solvenzsituation blieb insofern durch das Ausbleiben notwendiger Rückstellungen für nicht mehr einbringbare Forderungen beschönigt. Vornehmlich im Verlauf des Jahres 1997 ereigneten sich allerdings jene Konkurse, welche die wahre Problematik im Wirtschafts- und Finanzsystem augenscheinlich machten, die Finanzkrise auslösten und derzeit die Kreditversorgung selbst effizienter Unternehmen beeinträchtigen.

Der diese Entwicklungen einleitende Zusammenbruch des Hanbo-Konglomerats zeigte zur Jahreswende 1996/97 erstmals auf, daß die Regierung nicht mehr willens oder nicht mehr fähig war, die bisherige Praxis aufrechtzuerhalten, in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene *chaebôl* zu stützen und ihren Bestand dauerhaft zu gewährleisten. Hanbo zählte bis dahin zu den 30 größten *chaebôl*, war aber seit längerem nicht mehr profitabel, hatte trotzdem jedoch - nicht zuletzt durch politische Stützung und Bestechungsaktivitäten - fortlaufend weitere Bankenkredite erhalten. Zur Zeit des Zusammenbruchs betrugen die Forderungen südkoreanischer Banken gegenüber Hanbo etwa 6 Mrd. US-Dollar (Lee/Timewell 1997:75).

Auch die Situation anderer Großunternehmen war zu dieser Zeit bereits erkennbar angespannt. Dem lag insbesondere zugrunde, daß es während der vergangenen Jahre vielfach zu exzessiven Investitionen der *chaebôl* gekommen war, die fragwürdige Diversifikationsstrategien beinhalteten. Bereits 1996 war die südkoreanische Volkswirtschaft jedoch schwächer als in den Vorjahren gewachsen, und 1997 verstärkte sich dieser Trend. Die Leistungsbilanz, die schon seit Beginn der neunziger Jahre Defizite aufwies - ein Alarmsignal, das zu wenig Beachtung fand - verzeichnete 1995, 1996 und schließlich auch 1997 jeweils neue Rekorddefizite. Dies trieb die Auslandsverschuldung der südkoreanischen Volkswirtschaft weiter in die Höhe.

Im Verlauf des Jahres 1997 kam es schließlich zu einer Welle von Unternehmenszusammenbrüchen, darunter eine Vielzahl Konkurse kleiner und mittlerer Unternehmen, aber auch Zusammenbrüche von Unternehmensgruppen wie Sammi, Kia, Halia, Jinro und Haitai. Angesichts der Vielzahl dieser Vorfälle - die notleidende

Kredite im Finanzsystem anwachsen ließen - und der fortschreitenden Verschlechterung der Zahlungsbilanz wuchs die Skepsis im Ausland gegenüber der weiteren Entwicklung Südkoreas. Dies verschärfte sich noch dadurch, daß sich schon seit längerem in Japan sowie seit kürzerer Zeit auch in Thailand und Malaysia finanzielle Probleme offenbart hatten, die zum einen die allgemeine Stimmung gegenüber Ost- und Südostasien gewandelt hatten (sog. Asienkrise) und zum anderen negative Rückwirkungen für die weitere Entwicklung Südkoreas beinhalteten (vor allem aufgrund erschwelter Absatzmöglichkeiten in diesen Ländern).

Am 21. November 1997 kam es schließlich gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) durch die Erklärung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft zum Offenbarungsseid.⁶ Der koreanische Won verlor in der Folge im Monat Dezember 50 v.H. seines Wertes gegenüber dem US-Dollar. Insgesamt 14 überschuldete Handelsbanken („merchant banks“)⁷ wurden geschlossen. Außerdem kam es zum Zusammenbruch mehrerer Wertpapierfirmen (Kim 1998:14), während notleidende Geschäftsbanken zunächst weitgehend fortbestehen sollten, nicht zuletzt, um die Kreditversorgung der Industrie nicht noch weiter zu beeinträchtigen. Bei zwei landesweiten Geschäftsbanken war die Belastung durch notleidende Kredite allerdings so hoch, daß sie vom Staat übernommen, d.h. renationalisiert wurden. Zum Jahresende 1997 schätzte die Bank of Korea das Ausmaß notleidender Kredite zwar noch auf lediglich 2,7 v.H. Dem liegt aber zugrunde, daß als notleidend lediglich Forderungen erfaßt werden, die seit mindestens sechs Monaten im Zahlungsverzug sind. Wird diese Frist auf drei Monate verkürzt, werden notleidende Kredite auf zwischen 15 und 20 v.H. der gesamten Ausleihungen geschätzt (Yang 1998:12). Auch dies könnte jedoch noch nach oben zu korrigieren sein. Für den realwirtschaftlichen Sektor, d.h. vor allem für die Industrie, bedeutete die ausgebrochene Krise eine gravierende Beeinträchtigung ihres Kreditzugangs. Das Ausmaß der Unternehmenszusammenbrüche stieg hierdurch im Frühjahr 1998 beträchtlich an. Selbst zahlreiche eigentlich leistungsfähige Unternehmen dürften von dieser Konkurslawine infolge der Kreditengpässe inzwischen in Mitleidenschaft gezogen worden sein.

Nicht zum ersten Mal war es jedoch zu einer krisenhaften Entwicklung im Finanzsystem Südkoreas gekommen. Bereits zu Beginn der achtziger Jahre war nach vorangegangenen industriepolitischen Fehlentwicklungen, die durch die Regierung über das Finanzsystem gesteuert worden waren, ein Teil der Banken de facto insol-

⁶ Die Notwendigkeit externer Hilfe war regierungsintern bereits deutlich vorher bekannt gewesen, jedoch von den politisch Verantwortlichen gegenüber der Öffentlichkeit - und möglicherweise auch gegenüber dem Staatspräsidenten Kim Young-sam - verschleiert worden. Offensichtlich hatten Bestrebungen bestanden, den Ausbruch der Krise zumindest bis zu den im Dezember stattfindenden Präsidentschaftswahlen hinauszuzögern, letztlich jedoch ohne Erfolg. Derzeit müssen sich der ehemalige Minister für Wirtschaft und Finanzen sowie ein weiterer Regierungsvertreter wegen möglicher Täuschung gerichtlich verantworten.

⁷ Diese werden in Südkorea zu den Nichtbank-Finanzinstituten gezählt.

vent. Der damaligen Krise waren insbesondere staatlich initiierte Überinvestitionen in den Sektoren Schwerindustrie und chemische Industrie vorausgegangen (Nam 1989:140). Im Finanzsystem entstanden hierdurch beträchtliche notleidende Kredite, die erst von Mitte der achtziger Jahre an zurückgeführt wurden. Nur die Stützung zahlreicher Finanzinstitute durch die Bank of Korea unterband damals den Zusammenbruch des Finanzsystems. Es erfolgten zwar danach - wie aufgezeigt - verschiedene Deregulierungen, zu einer wirklichen Lösung von der Auffassung, Banken für industriepolitische Ziele zu instrumentalisieren und persönliche Vorteilsnahmen von Bankmanagern bei der Kreditvergabe zu tolerieren, erwies sich die Regierung aber als nicht fähig. Hieran änderten auch die 1987 beginnende demokratische Entwicklung in Südkorea und der dadurch geförderte politische und gesellschaftliche Wandel nichts Grundlegendes.

5 Reformbedarf

Nach den Angaben der Regierung und des IWF wird die Auslandsverschuldung Südkoreas auf ca. 153 Mrd. US-Dollar beziffert, wobei diese Schätzung mit deutlichen Unsicherheiten verbunden ist. Mehr als die Hälfte dieser Summe war zunächst durch kurzfristige Kredite finanziert (Cheon 1998:5). Der IWF stellte deshalb eine Garantie von 57 Mrd. US-Dollar bereit, die bislang größte seit IWF-Gründung. Hiermit sollte vor allem das Vertrauen der internationalen Gläubiger wieder hergestellt werden, nachdem zuvor Moody's sowie Standard & Poor's das Kredit-Rating von Südkorea auf "junk-bond"-Niveau herabgestuft hatten.

Die südkoreanische Regierung steht bei ihrem Bestreben, die Auslandsverschuldung zu senken und den Bestand des Finanzsystems zu sichern, u.a. vor dem Problem, daß es in Südkorea nur eine geringe Zahl von Investoren gibt, die zur Übernahme notleidender Banken und zu deren Sanierung in der Lage sind.⁸ Überwiegend handelt es sich dabei um verschiedene *chaebôl*. Der Erwerb von Banken durch *chaebôl* würde zu einer weiteren Zunahme ihres Einflusses auf das Finanzsystem führen, ihren Kreditzugang verbessern und auf diese Weise eine Festigung ihrer wirtschaftlichen Machtposition bedeuten. Sinnvoller ist es daher, Zusammenschlüsse zwischen gesunden und notleidenden Finanzinstituten zuzulassen. Hierdurch käme es auch zu einem Abbau des in Südkorea vorherrschenden Overbanking, d.h. der zu großen Zahl von Finanzinstituten. Des weiteren besteht die Möglichkeit, ausländischen Investoren den Erwerb notleidender Finanzinstitute zu gestatten. Dies wird derzeit für eine der beiden renationalisierten landesweiten Geschäftsbanken angestrebt (Lee 1998a:48 sowie Kim 1998:14).

⁸ Derzeit weisen, abgesehen von den beiden verstaatlichten Banken, insgesamt 12 Banken nicht das von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vorgegebene Eigenkapital von mindestens 8 v.H. der - risikogewichteten - Aktiva auf.

Über die möglichst umgehend zu realisierende Sanierung und Umstrukturierung des Finanzsystems sowie die implementierte Umwandlung kurzfristiger Verbindlichkeiten in langfristige Kredite (Lee 1998b:27-28) hinaus sind jedoch weitere Reformen - sowohl im Finanzsystem als auch in der Wirtschaftspolitik allgemein - zu ergreifen, die eine Wiederholung der Fehler der Vergangenheit künftig ausschließen. Dazu zählen vor allem (Müller 1998b):

- Die trotz Deregulierung zuletzt noch bestandene Praxis der Regierung, Banken für die Kreditversorgung bestimmter Unternehmen oder Sektoren zu instrumentalisieren, ist aufzugeben. Den Banken muß die Unabhängigkeit gegeben werden, ihre Schuldner frei von staatlichem Druck auszuwählen. Dies bedeutet nicht zuletzt auch, daß die Eigner der Banken unabhängig von der Regierung Führungspositionen in den Banken neu besetzen können.
- Im Finanzsystem sind durch die Bildung wettbewerblicher Rahmenbedingungen für die Intermediäre (Banken und Nichtbank-Finanzinstitute) Anreize zu schaffen, Kredite gemäß Rentabilitäts- bzw. Effizienzgesichtspunkten auszuwählen statt an persönlichen Bindungen bzw. Vorteilsnahmen ihrer Manager zu orientieren. Hierzu ist vor allem ein intensiver Wettbewerb in der Einlagenmobilisierung notwendig, der jene Finanzinstitute Marktanteile verlieren läßt, die aufgrund hohen Zins- und Kreditausfalls im Aktivgeschäft nicht in der Lage sind, im Passivgeschäft wettbewerbsfähige Zinsen zu gewähren. Verbliebene staatliche Einflüsse auf die Zinssetzung (zuletzt insbesondere in Form der Regulierung von Zinsen auf Sichteinlagen oder durch informelle staatliche Einflüsse) sind aufzugeben. Außerdem ist dafür Sorge zu tragen, daß Regulierungen im Finanzsystem in der Weise ausgestaltet sind, daß ein unverzerrter Wettbewerb zwischen in- und ausländischen Banken entstehen kann.⁹
- Um in einem intensiveren Wettbewerb mögliche destabilisierende Anlagepraktiken der Finanzinstitute (wie zuletzt z.B. in Thailand) zu verhindern, ist eine Finanzmarktaufsicht erforderlich, die solche Praktiken nicht nur frühzeitig identifiziert, sondern auch über ausreichende Anreize, Befugnisse und Sanktionsmöglichkeiten verfügt, diese auch tatsächlich zu unterbinden. Reformpläne für eine verbesserte, stabilitätsadäquatere Regulierung („prudential regulation“) sind für August 1998 angekündigt. Zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang außerdem, daß die *chaebôl* verpflichtet wurden, konsolidierte Bilanzen zu erstellen. Die finanzielle Transparenz wird dadurch erhöht und die Finanzmarktaufsicht erleichtert.
- An die Stelle der de facto lebenslangen Arbeitsplatzgarantie bei Großunternehmen (und vielfach auch bei Banken), die Kündigungen außer bei Rechtsverstößen nur gegen sehr hohe Abfindungen zuläßt, muß verstärkt die staatliche Grundsicherung von Arbeitslosen treten. Ohne eine staatliche Sicherung wird es kaum

⁹ Zu derzeitigen Benachteiligungen ausländischer Banken infolge der Regulierung und zu diesbezüglichen Reformvorschlägen vgl. European Chamber of Commerce (1998:4-5).

möglich sein, die im Umstrukturierungsprozeß zur Gesundung von Unternehmen wie Banken notwendigen Kündigungen gegen Arbeitnehmerwiderstand durchzusetzen. Ohne die Möglichkeit der Unternehmenseigner, Arbeitsplätze gemäß Rentabilitätsaspekten abzubauen, wird es im übrigen auch nicht gelingen, ausländische Investoren in das Land zu mobilisieren (Lee 1998b:28), die durch Übernahme und Sanierung notleidender Unternehmen und Finanzinstitute Beiträge zur Überwindung der Finanzkrise leisten können.

- An die Stelle der bisherigen Industriepolitik, die selektiv bestimmte Unternehmen und Sektoren förderte, muß eine Wettbewerbspolitik treten, die Rahmenbedingungen schafft, die eine effizienzsteigernde Wirtschaftsstruktur entstehen lassen (u.a. durch Fusionskontrolle, Mißbrauchsaufsicht und ggf. auch durch die Möglichkeit von Entflechtungen). Dies ist allgemein für Schwellenländer und junge Industrieländer von Bedeutung. Gerade für Südkorea besteht jedoch besonderer Handlungsbedarf angesichts der langjährigen Praxis, große Unternehmensgruppen zu fördern, die eine einseitige, krisenanfällige und Monopolgewinne beinhaltende Wirtschaftsstruktur erzeugt hat. Eine intensive Wettbewerbspolitik, welche die Stellung kleiner und mittlerer Unternehmen gegenüber den *chaeból* stärkt, würde außerdem dazu beitragen, Banken von der Verpflichtung zu befreien, kleine und mittlere Unternehmen mittels bestimmter Quoten zwangsfinanzieren zu müssen.

6 Ausblick

Mit der Umwandlung kurzfristiger in langfristiger Kredite ist ein wichtiger Schritt getan, die Finanzkrise kontrollieren zu können. Die begonnenen Reformen und die erkennbare Bereitschaft der südkoreanischen Regierung, weitere, noch tiefgreifendere Reformen durchzuführen, bilden einen entscheidenden Schritt, das Vertrauen ausländischer Gläubiger wiederherzustellen, die Kreditkonditionen zu verbessern und hierdurch die Belastung für den realwirtschaftlichen Bereich - in Form des gegenwärtig sehr hohen Zinsniveaus - zu schmälern. Dies alles bedeutet jedoch nicht, daß ein Rückfall oder eine neue Verschärfung der Finanzkrise nicht möglich wären. Neben möglichen innenpolitischen Rückfällen im Reformprozeß können mehrere externe, d.h. aus südkoreanischer Sicht nicht oder kaum beeinflussbare Faktoren die Krise verstärken.

Einer möglichen Verschärfung der Krise liegt u.a. zugrunde (Yang 1998:12-13), daß südkoreanische Finanzinstitute während der Vergangenheit hohe Investitionen in anderen asiatischen Ländern tätigten, darunter insbesondere in Indonesien. Die Finanzkrise Indonesiens, die in eine innenpolitische Krise mündete und jüngst zum Rücktritt des Staatspräsidenten Suharto führte, wird bei einem internationalen Moratorium für Indonesien eine weitere Verschärfung für die angespannte Situation südkoreanischer Finanzinstitute bedeuten. Die Kreditbereitstellung für die südkorea-

nische Binnenwirtschaft könnte sich damit weiter verschlechtern und die wirtschaftliche Krise verstärkt werden, was wiederum Rückwirkungen auf das Finanzsystem hätte. Ebenso kann eine im Zuge der Asienkrise seit längerem befürchtete Abwertung von Chinas Yuan einen neuen Abwertungswettlauf in Asien einleiten und dadurch die Belastung aus der Auslandsverschuldung für südkoreanische Unternehmen und Finanzinstitute weiter anwachsen lassen. Ein zusätzliches Risiko bildet die Situation Japans. Nicht nur kann auch von dort ein weiterer Abwertungswettlauf einsetzen, vielmehr könnten die Solvenzprobleme des japanischen Bankensystems, zwecks Beilegung, zu einer Rückführung japanischer Kredite aus Südkorea führen.

Trotz des Lichtes am Ende des Tunnels ist somit bei der Überwindung der Finanzkrise übereilter Optimismus fehl am Platz. Grundsätzlich verfügt Südkorea über gute Voraussetzungen, die finanzielle Krise schon bald zu überwinden. Weitaus stärker als in manchen anderen betroffenen Ländern ist durch die Wahl des neuen Präsidenten Kim Dae-jung in der politischen Führung die Bereitschaft vorhanden, sich von bisherigen Praktiken und Besitzständen zu lösen. Allerdings droht die Akzeptanz für die Reformen auf Arbeitnehmerseite zu schwinden. Hier ist weitere Überzeugungsarbeit zu leisten, wobei eine bessere soziale Flankierung der Reformen entscheidende Bedeutung haben wird. Südkorea könnte dabei im Ergebnis deutlich gestärkt aus der Krise hervorgehen und jene Voraussetzungen im Wirtschaftssystem aufweisen, die durch einen größeren Einfluß marktwirtschaftlicher Elemente den Anpassungsprozeß an die Wirtschaftskraft der europäischen und nordamerikanischen Industriestaaten wieder beschleunigen. Bis hierhin ist es aber noch ein gutes Stück Weg.

Literaturverzeichnis

- Akyüz, Y./Kotte, D.J. (1991), *Financial Policies in Developing Countries: Issues and Experience*, Discussion Paper, Genf: UNCTAD
- Aliber, R.Z. (1994), „Financial Reform in South Korea“, in: L.-J. Cho/Y.H. Kim (Hrsg.): *Korea's Political Economy*, San Francisco: Westview Press, S.341-358
- Bank of Korea (verschiedene Jahrgänge), *Monthly Statistical Bulletin*, Seoul
- Bank of Korea (Office of Bank Supervision) (1994), *Banking Supervision in Korea*, Seoul
- Cheon, I.Y. (1998), „The Way to Overcome the Current Crisis“, in: *VIP Economic Report* (Hyundai Research Institute), No.2, S.4-5
- Cho, H.Y. (1977), *Die Bedeutung des Bankensystems für die wirtschaftliche Entwicklung Südkoreas*, Berlin: Duncker & Humblot
- Cho, S. (1994), *The Dynamics of Korean Economic Development*, Washington, D.C.: Institute for International Economics
- European Chamber of Commerce (1998), „Korea needs to give equal treatments to both domestic and foreign banks“, in: *Korea Economic Weekly*, May 11, S.4-5

- Kim, J.C. (1998), „Financial Crisis and Forthcoming Financial Reform in Korea“, in: *VIP Economic Report* (Hyundai Research Institute), No.1, S.13-16
- Kim, J.I./Lau, J.L. (1994), „The Sources of Economic Growth of the East Asian Newly Industrialized Countries“, in: *Journal of the Japanese and International Economics*, 8, 3, S.235-271
- Lee, C. (1998a), „A bitter pill to swallow“, in: *The Banker*, Vol.147 (January), S.48
- Lee, C. (1998b), „South Korea enters a 'dark IMF tunnel'“, in: *The Banker*, Vol.147 (February), S.27-28
- Müller, R. (1998a), *Der Beitrag ausländischer Banken zur Intermediationsleistung regulierter Finanzsysteme - dargestellt am Beispiel Südkorea* (in Vorbereitung), Baden-Baden: Nomos
- Müller, R. (1998b), „Financial System in South Korea: Intermediation Inefficiency, Crisis and Reform“, in: L. Menckhoff/B. Reszat (Hrsg.): *Asian Financial Markets - Structures, Policy Issues and Prospects* (erscheint in Kürze), Baden-Baden: Nomos
- Nam, S.W. (1989), „Liberalization of the Korean Financial and Capital Markets“, in: Korea Development Institute (Hrsg.): *Korea's Macroeconomic and Financial Policies*, Seoul: KDI, S.133-171
- Nam, S.W. (1994), „Korea's Financial Reform since the Early 1980s“, in: G. Caprio/I. Atiyas/J.A. Hanson (Hrsg.): *Financial Reform*, Cambridge: Cambridge University Press, S.184-222
- Park, Y.C. (1993), „The Role of Finance in Economic Development in South Korea and Taiwan“, in: A. Giovannini (Hrsg.): *Finance and Development: Issues and Experiences*, Cambridge: Cambridge University Press, S.121-150
- Patrick, H.T. (1990), *The Financial Development of Taiwan, Korea, and Japan: A Framework for Consideration of Issues*, Taipei
- Vittas, D./Wang, B. (1991), *Credit Policies in Japan and Korea*, Discussion Paper, Washington, D.C.: The World Bank
- Yang, D.Y. (1998), „A New Wave of the Currency Crisis“, in: *VIP Economic Report* (Hyundai Research Institute), No.3, S.12-28
- Yoo, S.M. (1995), *Chaebol in Korea: Misconceptions, Realities, and Policies*, Seoul: KDI